

seit 1880 ab, daß ein *aditus ad pacem* nur zu erreichen war, wenn Melchers als Erzbischof von Köln (wie Ledóchowski in Posen) aus seinem Amt schied.

Verbeek hat mit großer Sorgfalt das Archivmaterial im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn, im Landeshauptarchiv in Koblenz, im Historischen Archiv des Erzbistums Köln und im Zentralen Staatsarchiv in Merseburg gesichtet, dazu die wichtigsten rheinischen und norddeutschen Zeitungen der Kulturkampfbühne und die inzwischen sehr umfangreiche Literatur erforscht.

Das zusammengetragene Material ist recht beachtlich. In das Bild des Kulturkampfes sind ungezählte neue Einzelheiten und Nuancen eingetragen. Leider ist das reiche Material in der Darstellung nicht ganz bewältigt (was für eine Dissertation wohl auch eine Überforderung wäre), so daß in der Fülle der regestenmäßig ausgewerteten Einzelfunde für den Leser der rote Faden der Darstellung immer wieder verlorengeht, zumal, wenn man das umfangreiche Werk nicht ohne Unterbrechungen lesen kann. Alle Einzelheiten sind gleich ausführlich, gleich gewichtig nebeneinander gestellt. Das Gesamtbild wird erst wieder in der »Zusammenfassung« überschaubar.

Immerhin dürfte Verbeeks Arbeit für jeden eine Hilfe sein, der sich mit dem Kulturkampf in Preußen und speziell im Rheinland befassen will: Kaum ein Detail, eine Äußerung der Kontrahenten, eine Verhandlung, eine Zeitungsnotiz dürfte aufzufinden sein, für die Verbeek nicht einen Fundort aufgespürt und einen Hinweis in seinen Fußnoten gebracht hätte.

Eine Anmerkung, die nicht den Autor, sondern den Verlag trifft, darf nicht unterbleiben: Daß zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten aus Kostengründen nicht mehr gesetzt, sondern im fotomechanischen Verfahren in Schreibmaschinenschrift veröffentlicht werden, ist bedauerlich und verständlich zugleich. Unbegreiflich ist, daß in dem vorliegenden Werk fortgesetzt (oft genug mehrmals auf einer Seite) die Anmerkungsnummern zum letzten Wort einer Zeile den Anfang der nächsten Zeile bilden.

*Norbert Trippen*

HANS-JÜRGEN KREMER (Bear.): Das Großherzogtum Baden in der politischen Berichterstattung der preußischen Gesandten 1871–1918. Teil 1 (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde. Reihe A Bd. 42). Stuttgart: Kohlhammer 1991. VI und 745 S. Kart. DM 98,-.

Mit der Edition der Gesandtschaftsberichte der preußischen Gesandtschaft in Karlsruhe von 1871 bis 1918 legt die Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg zwei stattliche Bände vor, von denen hier zunächst der erste Band mit den Berichten bis 1899 zu besprechen ist. Eine Gesamtbeurteilung ist deshalb noch nicht möglich, doch ist zu erwarten, daß der zweite Band genau so gewissenhaft ediert sein wird, wie der erste. Und wenn das angekündigte Register im zweiten Band ebenso sorgfältig bearbeitet sein wird, wie der erste Band insgesamt, so dürften von der Editionstechnik her keine Wünsche mehr offen sein. Der Herausgeber, Hans-Jürgen Kremer, hat sehr viel Arbeit investiert. Die Anmerkungen zu Personen und Sachverhalten lassen nichts zu wünschen übrig. Die Querverweise auf an anderen Stellen veröffentlichte Quellen und auf Darstellungen sind äußerst hilfreich. Allerdings bleibt die ältere Edition von Hans Goldschmidt unberücksichtigt, wie überhaupt das Problem des Bundesstaats in der Einleitung nur unzulänglich skizziert wird. So kann man keinesfalls sagen, daß das innerdeutsche Gesandtschaftswesen generell an politischer Bedeutung verloren habe. Das ist eine badische Perspektive, die nicht verallgemeinert werden kann, denn Baden stellt in dieser Frage einen Ausnahmefall dar. In nationalem Übereifer verzichtete Baden nach der Reichsgründung auf ein eigenes Außenministerium und auf alle innerdeutschen Gesandtschaften außer der in Berlin. Das war von Bismarck keineswegs verlangt worden, denn er selbst hielt die innerdeutschen Gesandtschaften für Preußen für unverzichtbar. Weiter ging Baden auf bewußte Distanz zu Württemberg und Bayern und verzichtete damit auf eine Absprache seiner Reichspolitik mit den anderen Mittelstaaten. Da es außerdem dem eigenen Gesandten in Berlin zunächst nur die Funktion eines stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat einräumte, spielte Baden in Berlin lange Zeit nicht die Rolle, die ihm eigentlich zugekommen wäre. Bis zum Sozialistengesetz glaubte man in Karlsruhe an eine Übereinstimmung der Bismarckschen Politik mit den eigenen politischen Vorstellungen, deshalb hat es bis zur innenpolitischen Wende von 1878/79 keinen eigenständigen badischen Beitrag zur Reichspolitik gegeben. Erst danach hat Minister Turban versucht, das Verhältnis zu Württemberg und Bayern zu verbessern. Auf Grund dieser Selbstbeschränkung war der preußische Gesandte in Karlsruhe, zunächst Albert Graf von Flemming dann Karl von Eisendecker, eine Ausnahmeerscheinung. Wenn in den Berichten vom »diplomatischen Corps« die Rede ist, dann sind das außer ihm allenfalls noch zwei oder drei Geschäftsträger anderer Staaten, die gar nicht in Karlsruhe residierten, sondern dort nur aus dynastischen

Interessen akkreditiert waren. Der Gesandte der Hegemonialmacht, instruiert vom Reichskanzler und preußischen Außenminister in Personalunion, hatte die preußischen Interessen zu vertreten, die gleichzeitig als Reichsinteressen ausgegeben wurden. Er nahm damit auch die Stellung eines »kaiserlichen Kommissars« ein; eine Konstruktion, die für einen Bundesstaat geradezu als systemwidrig gelten kann. Flemming wie Eisendecker bezogen ihre Informationen vorwiegend aus den Zeitungen und von der Regierung. Kontakte zu anderen Diplomaten entfielen und direkte Beziehungen zu Parteiführern, die die Berichte der Gesandten der Einzelstaaten aus Berlin oft so interessant machen, sind wenigstens aus der Berichterstattung selbst nicht ersichtlich. Zumindest bis zur innenpolitischen Wende begnügte sich Graf Flemming häufig mit der Einsendung der wichtigsten Zeitungsartikel, erst mit der Abwendung Bismarcks von den Nationalliberalen und den wachsenden Interessenunterschieden zwischen Karlsruhe und Berlin werden die Berichte ausführlicher und interessanter. Ausführlich wird berichtet über die badische Politik gegenüber der katholischen Kirche und ihr Einwirken bei der Besetzung des erzbischöflichen Stuhls in Freiburg, da Preußen wegen Hohenzollern hier direkt tangiert war. Wie der Herausgeber zu Recht hervorhebt, ist die Quelle für diese Fragen besonders ergiebig. Ansonsten sind die Hauptthemen der Berichte die Verhandlungen in der Kammer der Abgeordneten, die Land- und Reichstagswahlen und die Entwicklung der badischen Parteien. Vor allem für die badischen Wahlkämpfe enthält der Band dank der Ergänzungen des Herausgebers reichliche Informationen, so daß die Edition in dieser Beziehung fast den Charakter eines Handbuchs besitzt. Dabei ist allerdings immer die preußische Sichtweise zu beachten. Es dauerte sehr lange, bis der preußische Gesandte erkannte, daß das badische Zentrum nicht nur Demagogen, sondern auch fähige Politiker aufzuweisen hatte. Allerdings scheint die geänderte Einstellung zu den Nationalliberalen einerseits und zum Zentrum andererseits eher eine Folge der Veränderung auf Reichsebene als ein eigenständiger Prozeß zu sein. Insgesamt stellt die Edition eine willkommene Ergänzung zu den vier von Walther Peter Fuchs herausgegebenen Bänden dar. Aber gerade der Vergleich mit diesen Bänden zeigt auch, daß die Bedeutung des preußischen Gesandten in Karlsruhe doch eher als gering eingeschätzt werden muß. Der weitere Vergleich mit so hervorragend informierten einzelstaatlichen Gesandten in Berlin wie Lerchenfeld (Bayern), Spitzemberg (Württemberg) und Marschall (Baden) muß natürlich auch von der Funktion her negativ ausfallen. Aber auch bei dem eigentlichen Aufgabenfeld, der Berichterstattung über das Großherzogtum Baden, dominiert die preußische Perspektive. Auch für die Landespolitik hat die Quelle somit nur einen ergänzenden Wert.

Hans-Otto Binder

AUGUST HERMANN LEUGERS-SCHERZBERG: Felix Porsch 1853–1930. Politik für katholische Interessen in Kaiserreich und Republik (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte Reihe B: Forschungen Bd. 54). Mainz: Matthias Grünewald Verlag 1990. XL und 308 S. Ln. DM 64,-.

Der Verfasser bezeichnet seine »Porsch-Biographie« (Vorwort, S. XI) im resümierenden Schlußkapitel als »politische Biographie« (S. 284). Was der Inhalt dieser politischen Biographie ist, darüber gibt der Untertitel Auskunft: »Politik für katholische Interessen in Kaiserreich und Republik.« Was von der Ausschreibung 1983 des Kardinal Bertram-Stipendiums durch das Institut für ostdeutsche Kirchen- und Kulturgeschichte e. V. als *Biographie* angeregt war (Felix Porsch [1853–1930]. Führender Zentrums Politiker und Fürstbischöflicher Konsistorialrat in Breslau, in: Archiv für schlesische Kirchengeschichte, Bd. 41, 1983, S. 272), geriet mehr und mehr zur *Monographie*; der Untertitel ist der eigentliche Gegenstand dieser verdienstvollen Untersuchung.

Das Ergebnis dieser intensiven Forschungen, in die auch die Nachlässe von Felix Porsch, Georg Kardinal Kopp, Adolf Kardinal Bertram im Erzdiözesanarchiv Breslau einbezogen wurden, liegt zunächst im Detail. Die Wirksamkeit des »heute fast vergessenen« Zentrums Politikers (vgl. S. 1), der mit seinen Wahlen zum Stadtverordneten in Breslau, in den Deutschen Reichstag und ins preußische Abgeordnetenhaus »als Breslauer Rechtsanwalt Anfang der achtziger Jahre ... in die geschlossene Reihe von Adel und Klerus ein(brach)« und damit das »Antlitz des schlesischen Zentrums« zu verändern begann (S. 25), wird minutiös »nachgezeichnet« (S. 3). Das ausführliche Inhaltsverzeichnis (achtzehn Kapitel mit circa sechzig Untertiteln) nennt in chronologischer Abfolge den Anteil des Breslauer Zentrums Politikers an den politischen Entscheidungen und Entwicklungen von der Revision des Brotkorbgesetzes (S. 51–55) bis zum Abschluß des Preußischen Konkordates 1929 (S. 278f.). Wie aufschlußreich eine ins Einzelne gehende Darstellung sein kann, zeigen z. B. die Abschnitte über »Gefahren des Integralismus« (S. 151–154) oder über den »Antimodernisteneid« (S. 160–164) in ihrer Bedeutung für den Richtungstreit der Zentrums partei der Vorkriegsjahre. Das ausführliche Sachregister wird helfen, die Fülle des Detailwissens zu erschließen.

Besonderes Interesse verdienen die politiktheoretischen Teile wie »Die »heiligsten« Interessen« (S. 47–51),